



Heute mit
STELLEN-ANZEIGER

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Donnerstag
7. Mai 2015

123. Jahrgang Nr. 104
Fr. 3.60, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich



Angela Ahrendts
Die Verkaufschefin von Apple verdient mehr als Tim Cook.
37

Mark Knopfler
Sein neues Album ist eine Ode an die Langsamkeit.
23

Lustiges Tirol
Im Sommer wird das Ötztal zum alpinen Spielplatz.
27

Grossbritannien
Trends, Berichte und Stimmen von den Wahlen.
tagesanzeiger.ch

Schweizer Firmen profitieren von umstrittenen Organspenden in China

Trotz der Kontroverse um unethisch gewonnene Spenderorgane arbeitet der Pharmakonzern Novartis neu mit einem chinesischen Transplantationszentrum zusammen. Für Amnesty Schweiz wirft dies Fragen auf.

David Hesse

Der Schweizer Pharmakonzern Novartis engagiert sich auf neue Weise in der chinesischen Transplantationsmedizin. Wie Firmensprecher Patrick Barth dem TA bestätigt, hat Novartis im März dieses Jahres eine Zusammenarbeit mit der Transplantationsabteilung des First Affiliated Hospital der Universität Guangzhou Zhongshan begonnen. «Ziel unseres Engagements ist es, führenden Transplantationszentren dabei zu helfen, die medizinischen Behandlungsstandards zu verbessern.»

Zu verbessern gibt es einiges. Wer in China Transplantationsmedizin betreibt, muss damit rechnen, es mit den Organen exekutierter Häftlinge zu tun zu bekommen. Zwar hat die chinesische Regierung zu Jahresbeginn versprochen, nur noch freiwillig erfolgte «Bürger Spenden» zu verwenden und die Ausweitung von Hingerichteten einzustellen. Doch Menschenrechtler und Mediziner glauben nicht an eine wesentliche Praxisänderung. «Hier handelt es sich um eine PR-Kampagne, die naive Westler einullten soll», sagte etwa der ehemalige kanadische Staatssekretär David Kilgour kürzlich an einer Fachtagung in Bern. Künftig würden Gefangene in China eben als Freiwillige geführt. Die Herkunft der Organe bleibe problematisch.

Der chinesische Markt ist für Novartis wichtig. Für Amnesty Schweiz wirft das Projekt Fragen auf. «Bei solchen Kooperationen gilt: Pharmakonzerne müssen mit besonderer Sorgfalt handeln», sagt Danièle Gosteli, die Verantwortliche für Wirtschaft und Menschenrechte. Nur über klar eingeforderte Garantien könnten in China tätige Firmen sicherstellen, dass die Organe aus ethisch vertretbarer Quelle stammen.

Ob Novartis solche Garantien hat, ist unklar. Auf die Herkunft der Spenderorgane angesprochen, teilt der Konzern lediglich mit, man lege grossen Wert auf die Förderung von «Dialog und Ausbildung»: «Gemeinsam mit lokalen Behörden und internationalen Organisationen arbeiten wir daran, die Versorgung mit Organen zu verbessern und gleichzeitig die internationalen ethischen Standards zu erfüllen.» Wie erfolgreich diese Bemühungen sind, bleibt offen.



China führt nach den USA die meisten Organverpflanzungen weltweit durch; etwa 10000 sollen es sein pro Jahr. Mehrere internationale Firmen sind dort im Transplantationsbereich tätig, auch weil die Nachfrage nach entsprechenden Medikamenten zunimmt.

Amnesty Schweiz wünscht sich von den internationalen Pharmafirmen mehr Druck auf China. Besonders kritisch sei die Situation bei klinischen Tests. Hier müssten die Firmen in der Lage sein, die Herkunft der verwendeten Organe nachzuweisen, sagt Gosteli.

Die Firma Roche hatte vor fünf Jahren einen Schmähpriest für ihre Arbeit in China erhalten. Sie hatte ein Medikament für Organspendeempfänger getestet und sich dabei nach Meinung der Jury zu wenig um die Herkunft der Organe gekümmert. - Seite 8

Christa Markwalder bereut ihren Vorstoss für Kasachstan

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder gerät wegen eines Vorstosses in Sachen Kasachstan, den sie 2013 eingereicht hat, unter Druck. Die Interpellation kam in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsagentur Burson-Marsteller zustande, wie die NZZ gestern berichtet hat. Auftraggeber der Agentur war der Chef der kasachischen Partei Ak Schol, die sich im Westen als Opposition ausgibt, tatsächlich aber regimetreu ist. Burson-Marsteller und der kasachische Parteichef haben demnach am Inhalt des Vorstosses massgeblich mitgewirkt, der Auftrag wurde von Burson-Marsteller mit gut 7000 Franken verrechnet. Der Fall erschüttert das Vertrauen ins Parlament. Sie habe aus dieser Geschichte ihre Lehren gezogen, sagt Christa Markwalder im Gespräch mit dem TA. Sie sei naiv gewesen und werde künftig «viel vorsichtiger sein» und besser abwägen, wem sie vertrauen solle.

Markwalder war nicht das einzige Ziel der Pseudo-Oppositionspartei Ak Schol, wie ein Dokument vom 12. Juli 2013 belegt. Es wurde zusammen mit Zehntausenden anderen E-Mails auf die Site Kazaward, ein kasachisches Wikileaks, hochgeladen. Darin wird die Strategie, mit der das Image des Staats Kasachstan im Ausland verbessert werden soll, ausführlich beschrieben. (br/TA) Kommentar Seite 2, Berichte Seite 3

SP wirbt mit 100 000 Anrufen

Die SP Schweiz setzt im Wahljahr 2015 auf eine neue Strategie. Als einzige Partei will sie ihre Mitglieder und Sympathisanten im Herbst nicht nur mit Ständen, Plakaten und Podien mobilisieren, sondern auch mit gross angelegten Telefonaktionen. Damit greift sie auf Rezepte aus dem amerikanischen Wahlkampf zurück. Die Zürcher und die Luzerner Wahlen diesen Frühling galten als Testlauf. Im Kanton Zürich sprachen 700 freiwillige Helferinnen und Helfer mit 15 000 Leuten, um sie zum Wählen zum motivieren. Vor den Nationalratswahlen Ende Oktober plant die SP landesweite Aktionen und will mindestens 100 000 Telefongespräche mit stimmberechtigten Sympathisanten führen. Die neue Strategie kostet die Partei 700 000 Franken. Trotz des enormen Aufwands ist die Bilanz nach den Zürcher Wahlen durchgezogen. (meg) - Seite 13

Service

Wetter	10	Rätsel	33
Leserbriefe	11	Stellenanzeiger	36
Fernsehprogramme	28	Börse	41
Todesanzeigen	30		

Aboservice 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,

inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,

8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch

Kommentare & Analysen

«Physisch sind die laufstarken Schweizer den meisten Gegnern unterlegen.»

Philipp Muschg zur Niederlage der Eishockey-Nati. - Seite 43

Die Anwohner der Langstrasse stören sich nicht am Lärm, sondern an den Urhebern. - Seite 9

Die Aussage, dass Cassis de Dijon nichts bewirkt habe, bleibt eine reine Behauptung. - Seite 35

Heute

Bundeskanzlerin Merkel setzt sich in der Geheimdienstaffäre zur Wehr
Die Geheimdienstaffäre bedroht die Glaubwürdigkeit von Angela Merkel und sorgt für Spannungen innerhalb der Regierungskoalition. Insbesondere der Ruf von Innenminister Thomas de Maizière ist beschädigt. Merkel geht nun in die Offensive und hat mit dieser Taktik bereits einen Erfolg erzielt. - Seite 7

Hochwassersituation in der Schweiz hat sich wieder verschärft

Nach den erneuten Regenfällen stieg der Pegel des Bielersees am Nachmittag auf 19 Zentimeter über der Hochwassergrenze. Angesichts der Lage darf der Kanton Bern derzeit mehr Wasser aus dem See ablassen als erlaubt. Die Schäden, die in der Schweiz jährlich durch Unwetter entstehen, sind immens. - Seite 12, 34

Co-Pilot des Germanwings-Flugs probte Absturz auf dem Hinflug
Der Co-Pilot des abgestürzten Germanwings-Flugzeugs hat Ermittlern zufolge den Autopiloten bereits auf dem Hinflug nach Barcelona mehrfach auf eine zu niedrige Flughöhe eingestellt. Damit bestätigt sich aus Sicht der Behörden eine bewusste Handlung des Co-Piloten beim Absturz auf dem Rückflug. - Seite 12

Der FC Barcelona bezwingt den FC Bayern mit 3:0

Bayern München verlor das Hinspiel des Champions-League-Halbfinals gegen Barcelona mit 0:3. Lionel Messi traf zweimal, Neymar einmal. Alle Tore fielen in der letzten Viertelstunde. Die Rückkehr von Bayern-Trainer Pep Guardiola nach Barcelona ins Camp Nou geriet so zum Fiasko. - Seite 44

Beilage



Schritt für Schritt ins Glück: Am Wochenende tanzt ganz Zürich.



Seite Zwei



Kommentar Daniel Foppa,
Ressortleiter Inland, über
Lobbying im Bundeshaus.

Schädliche Winkelzüge

Man darf sich keiner Illusion hingeben: Das Bundesparlament ist ein Milizparlament, dessen Mitglieder verschiedene Hüte tragen. Als Volksvertreter legiferieren sie und üben die Oberaufsicht über Bundesrat und Verwaltung aus. Gleichzeitig sind sie als Interessenvertreter bestrebt, möglichst viel für ihre Klientel herauszuholen. Wer den Präsidenten des Gewerbeverbands, die VCS-Chefin oder die obersten Bauernvertreter ins Parlament wählt, will, dass sie sich für spezifische Anliegen einsetzen. An einer transparenten Interessenvertretung ist denn auch nichts auszusetzen.

Problematisch wird es dann, wenn sich Ratsmitglieder von PR-Firmen so manipulieren lassen, wie es bei FDP-Nationalrätin Christa Markwalder der Fall war. Wie die NZZ enthüllte, schrieben kasachische Auftraggeber via die Agentur Burson-Marsteller Markwalder vor, was sie den Bundesrat in ihrer Interpellation zu fragen hatte. Spätestens als die Agentur auf Wunsch der Auftraggeber das Wort «Menschenrechte» aus dem Vorstoss strich, hätte Markwalder hellhörig werden sollen. Wurde sie aber nicht. Der Vorfall stellt der Nationalratspräsidentin von 2016 ein schlechtes Zeugnis aus: Wie verlässlich ist eine Politikerin, die sich so einfach über den Tisch ziehen lässt? Kommt hinzu, dass Markwalder 2014 einen Vorstoss unterzeichnet hat, den der Lobbyist Thomas Borer im Auftrag des autoritären kasachischen Regimes veranlasst und den SVP-Nationalrat Christian Miesch eingereicht hat.

Solche Winkelzüge schaden dem Ruf des Parlaments. Es entsteht der Eindruck von willfährigen und oberflächlichen Politikern. Doch auch wenn man Lobbyisten aus dem Bundeshaus verbannen und für mehr Transparenz sorgen würde: Das Vertreten von Partikularinteressen wird eine Grundkonstante des Milizparlaments bleiben, und weiterhin werden Lobbyisten für Parlamentarier Vorstösse verfassen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Öffentlichkeit für die Aktivitäten der Volksvertreter interessiert. Dass sich der Wähler via Medien oder Websites wie Lobbywatch.ch über Auftraggeber von Ratsmitgliedern informiert. Und dass er, falls nötig, reagiert. Gelegenheit dazu bieten die Wahlen - bereits in fünf Monaten.

blogs.tagesanzeiger.ch

Outdoorblog Leuchtraketen für die Bergtour? - Von Jost Fetzer*



Ein Bergretter kommt aus der Luft - doch wie ruft man ihn? Foto: Reuters

Leuchtraketen retten Tourengeher aus Bergnot! Die Meldung in den «Oberösterreichischen Nachrichten» klingt so dramatisch wie überraschend. Eine Gruppe von Schneeschuhläufern war im Salzkammergut in Bergnot geraten. Ausgewert waren nicht nur die Bergsportler, auch die Akkus der Mobiltelefone waren leer. Nur durch wiederholtes Zünden von Leuchtraketen konnte die Gruppe auf ihre missliche Lage aufmerksam machen. «Die müssen ein ganzes Arsenal von Leuchtraketen dabei gehabt haben, und das war auch ihr Glück», vermeldet der Bergrettungsdienst Ebernsee nach erfolgreichem Einsatz.

Leuchtraketen? Muss ich nun zur Sicherheit neben dem Handy auch noch Raketen mit auf Touren nehmen? 2456 Personen gerieten in der Schweiz letztes Jahr in Bergnot und mussten von der Alpinen Rettung Schweiz oder der Rega gerettet werden. Feuerwerk dürfte bei der Alarmierung jedoch keines im Spiel gewesen sein. Die Rega meint hierzu: «Leuchtende Handy-Bildschirme, Taschenlampen, Feuer oder eben Leuchtraketen leisten in der Dunkelheit bestimmt gute Dienste.» Allerdings setzten solche Alarmierungsmöglichkeiten voraus, dass eine Drittperson aufmerksam ist und die richtigen Schlüsse aus den Signalen zieht. Sich darauf zu verlassen, sei nicht empfehlenswert.

Lieber, weil zuverlässiger, ist den Rettungsorganisationen die Alarmierung per Telefon über die Rega-Nummer 1414 oder die Sanitätsnotrufzentrale 144. Noch besser sei die Verwendung der Smartphone-App iRega, da diese bei jedem Notruf automatisch die Koordinaten übermittelt.

Innerhalb von vier Jahren wurde die App knapp eine Million Mal heruntergeladen und bei über 1000 Alarmierungen eingesetzt. Und wenn das Tourengebiet ausserhalb des Mobilnetzes liegt? Besser als Feuerwerk wäre ein Rega-Notfunkgerät. Dessen Abdeckung ist deutlich grösser als beim Mobilfunknetz, doch bleiben auch hier Gebiete ohne Funkkontakt - meine Wohnung mitten in Zürich zum Beispiel. Die teuren Funkgeräte haben aber nur bei Bergrettern, Bergführern und ambitionierten Bergsteigern Verbreitung gefunden, während sich das Gros der Alpinisten auf die trügerische Sicherheit ihres Mobiltelefons verlässt.

Ich bleibe bei meinem Sicherheitskonzept: Feuerwerk höchstens zu Feiertagen, dafür stets ein geladenes Mobiltelefon und als Back-up ein Rega-Funk im Rucksack, denn ausserhalb von Zürich funktioniert das Funkgerät tadellos.

*Jost Fetzer ist Bildredaktor beim «Tages-Anzeiger» und passionierter Berggänger.

Mamablog Papi, ich bin Gott! - Von Matto Kämpf*

«Ich bin Gott! Papi, schau, ich bin Gott!» Wir stehen auf dem Spielplatz, ein Kind steht oben auf dem Klettergerüst und hört nicht auf zu brüllen.

«Hallo Papi, schau mal, ich bin Gott und stehe auf dem Berg.» Aber kein Papi schaut hin. Der Papi hat sich längst hinter der Rutschbahn versteckt. Ja, Papi schämt sich.

Das kommt davon, wenn Eltern ihre Goofen vergöttern, sie zum Zentrum des Universums erklären, zu viel loben und preisen, sie ständig auf den Olymp heben. Aber die bekommen dann schon noch die Quittung für ihre Verhätscheleien. Natürlich sagt das niemand auf dem Spielplatz, aber viele denken es und würden es auch sagen, wären sie nicht so höflich.

Nein, möchte ich rufen. Nein, es ist ganz anders. Ich sage aber nichts und ducke mich tiefer hinter die Rutschbahn.

Angefangen hat alles ganz harmlos: ein Theaterbesuch mit Kind und Göttimeitschi. Die «Odyssee» für Kinder im Schauspielhaus Zürich. Beide waren danach komplett angefressen und re-enacteten das Stück sogleich in Originallänge mit 32 Stofftieren. Seither will mein Kind nur noch die Geschichten der alten Griechen hören. Toll, dachte ich anfangs. Die Metamorphose von Daphne in einen Lorbeerbaum interessiert mich auch mehr als die Verwandlung der kleinen Raupe Nimmersatt in einen Schmetterling.

Flugs hatte ich ein griechisches Sagenbuch für Kinder angeschafft, und die Gutenachtgeschichten drehten sich fortan um Gewalt, Lüge, Betrug und List der alten Griechen: An einem Abend stach Odysseus dem Kyklopen Polyphem das Auge aus, am nächsten setzte Atreus seinem Bruder Thyestes dessen Söhne zum Essen vor, am dritten hatte die Königstochter Europa Sex mit einem Stier. Da gehts anders zu und her als beim barmherzigen Samariter, freute ich mich. Was ich aber nicht voraussehen konnte, war, dass die Götter des Olymps samt Helden, Nymphen und anderen

Die Kinder schrien, sie seien der Minotaurus oder Ödipus.

Kreaturen bald aus den Gutenachtgeschichten heraustreten und in das Leben meines Kindes überschwappen würden.

Zuerst zeichnete es das Trojanische Pferd - es sah allerdings aus wie ein Lastwagen, und ich machte mir keine weiteren Gedanken. Merkwürdig wurde mir zumute, als die Nachbarskinder ebenfalls im Garten herumrannten und schrien, sie seien der Minotaurus, Ödipus oder beides. Sie mordeten als Medea ihre Puppen, erlitten Qualen im Tartaros, bastelten allerlei göttliche Attribute vom Schild des Achilles bis zu Heras Zepter, wuchteten eine Komposttonne das Strässchen hinauf und liessen sie sisyphusmässig immer wieder herunterrollen.

Ich verschanzte mich in der Wohnung, zog die Rolläden und hoffte, keinen Eltern zu begegnen. Ganz klar, ich stand unter schwerem Überförderungsverdacht. Noch keine fünf, und das arme Kind muss den griechischen Götterstammbaum lernen, als Nächstes kommt bestimmt Frühchinesisch oder Sanskrit, hörte ich die Nachbarschaft vor dem inneren Ohr raunen. Was tun? Heimlich schaffte ich sämtliche Mythologie wieder aus dem Haus, Achilleus' Kartonschild kam ganz unten in die Papiersammlung, Hermes' Flügelschuhe in den Tex-Aid-Sack und Poseidons Dreizack in das Almetall.

Und das Wichtigste: Zum Einschlafen gibts jetzt wieder das Lieblingsbuch von George W. Bush: «Die kleine Raupe Nimmersatt.»

*Matto Kämpf lebt als Autor, Filmer und Theatermacher in Bern.

Anzeige

MANOR

Top

19.90

20 Jahre
Live
at sunset

Manor freut sich, Live at Sunset als Hauptsponsor zu unterstützen.

Schweiz

Fall Markwalder

Der Preis des Lobbyings

Ein Vorstoss von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Auftrag einer kasachischen Partei zeigt, dass Parlamentarier die Auftraggeber von Lobbyisten nicht immer kennen.

Markus Brotschi und Felix Schindler
Bern

Die Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses kostet die Bundesverwaltung im Schnitt gut 6000 Franken. Gut 7000 Franken hat ein kasachischer Politiker der PR-Agentur Burson-Marsteller für eine Interpellation bezahlt, die die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Juni 2013 zum «Demokratisierungsprozess» in Kasachstan einreichte. Dieses Beispiel von Wandelhallen-Lobbying hat gestern die NZZ publik gemacht. Gemäss der Zeitung sind die Fragen Markwalders an den Bundesrat Teil eines PR-Aktionsplans von Burson-Marsteller im Auftrag einer angeblich oppositionellen kasachischen Partei. Faktisch steht die Partei dem autokratischen Regime Kasachstans nahe, wovon Markwalder offenbar ebenso wenig wusste wie davon, dass die Kasachen für den Vorstoss bezahlten.

Der Vorgang war gestern in der Wandelhalle Tagesgespräch. Die meisten Nationalräte räumen ein, dass die Hilfestellung von PR-Agenturen und Verbänden bei der Formulierung von Vorstössen und von Anträgen für Ratsdebatten zum Courant normal gehört. Es sei aber die Pflicht eines Parlamentarier, die Auftraggeber kritisch zu prüfen, so der Tenor. Dass Markwalder dies nicht tat, sei ein «Lapsus», sagt CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Dennoch glaubt Pfister nicht, dass der Fall der designierten Nationalratspräsidentin für 2016 Schaden wird. Das Engagement Markwalders für Demokratisierung und Menschenrechte sei für ihn glaubwürdig. «Der Hauptfehler wurde von Burson-Marsteller begangen», sagt Pfister. Pfister und FDP-Präsident Philipp Müller glauben jedoch, dass ihnen ein ähnlicher Fehler nicht unterlaufen kann, weil sie Vorstösse und Anträge immer selber verfassten.

«Menschenrechte» gestrichen

Die weltweit tätige PR-Agentur schrieb in einer Stellungnahme, die Interpellation sei von Burson-Marsteller «vorbereitet und in Absprache mit dem Kunden entwickelt» worden. Betreut wurde der Auftrag bei Burson-Marsteller von Marie-Louise Baumann, einer altgedienten Lobbyistin und früheren Mitarbeiterin des FDP-Generalsekretariats. Laut NZZ liess der kasachische Kunde, Parteichef Asat Peruaschew, den Begriff «Menschenrechte» aus dem Interpellationstext streichen, weil ihm die Erwähnung der Menschenrechte in Kasachstan Schaden könnte. «Wir sind am Aufarbeiten der Fakten», sagt dazu Matthias Graf, CEO von Burson-Marsteller Schweiz. Zum Vorwurf, dass es sich nicht um eine



Kollegen verteidigen ihren «Lapsus»: FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Foto: Lukas Lehmann (Keystone)

Oppositionspartei handelt, hält Graf fest: «Wir mussten davon ausgehen, dass der Auftraggeber an der Demokratisierung Kasachstans interessiert ist.»

Dass Parlamentarier von Interessenvertretern mit vorgeschriebenen Anträgen und Vorstössen bedient werden, sei parlamentarischer Alltag, sagt auch CVP-Präsident Christophe Darbellay. So gingen Economiesuisse, die Gewerkschaften oder Umweltschutzorganisationen vor. «Was Christa Markwalder passierte, könnte jedem von uns passieren.» Darbellay hält Baumann für eine «glaubwürdige» Lobbyistin, die seit Jahren in der Wandelhalle präsent ist.

«Gerade in der Aussenpolitik ist es nicht so einfach, die Qualität mancher Anliegen zu verifizieren», sagt der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner (BS). Rechsteiner ist überzeugt, dass «manch ein Parlamentarier hinters Licht geführt worden wäre, wenn er von einer ehemaligen Parteisekretärin aus seiner eigenen Partei angegangen worden wäre und diese ihre wahren Auftraggeber verheimlicht hätte».

Baumann hat die Zutrittsberechtigung zur Wandelhalle von FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger. Eichenberger

will sich in den nächsten Tagen mit Baumann über den Fall unterhalten. Mit dem Vorstoss von Markwalder habe sie jedoch nichts zu tun, sagt Eichenberger.

SP-Nationalrat Andi Gross glaubt, dass Parlamentarier die Instrumentalisierung durch Lobbyisten verhindern können: «Indem sie ausschliesslich Vorstösse zu Themen einreichen, über die sie selber gründlich Bescheid wissen.» Ausserdem müsse jeder Parlamentarier gegenüber Lobbyisten kritisch bleiben, selbst wenn sie freundschaftlich miteinander verbunden sind. Die Loyalität eines Lobbyisten gelte primär stets dem Auftraggeber und nicht dem Parlamentarier. Für Gross deckt Markwalders Vorstoss «ein strukturelles Problem» der schweizerischen Demokratie auf. Das Milizsystem führe dazu, dass sich Parlamentarier für Zusatzeinkünfte ganz oder teilweise verkauften.

Parlamentarier unterschreibt

Andreas Hugi, Mitbegründer der PR-Agentur Furrerhugi, will sich zum konkreten Fall nicht äussern. Seine Agentur gehört zu den grossen Playern in der Wandelhalle. Hugi verweist auf den Ehrenkodex der Branche. Dazu gehöre es,

dem Gesprächspartner die Auftraggeber und deren Interessen transparent zu machen. «Zudem müssen Zahlen und Fakten stimmen, mit denen Lobbyisten für ein Anliegen werben.» Lobbyisten und Verbände lieferten Parlamentariern Vorlagen, um Vorstösse oder Anträge zu formulieren. «Aber am Schluss muss der Parlamentarier die Vorstösse schreiben und für diese verantwortlich zeichnen.»

Lobbying für Kasachstan

Ein weiterer Fall

Zum zweiten Mal in diesem Jahr sorgt das Lobbying im eidgenössischen Parlament für Kasachstan für Aufsehen. Der aktuelle Fall stammt laut NZZ aus der gleichen Quelle, dank der die Zeitung im Januar das Engagement von Ex-Botschafter Thomas Borer für die kasachische Regierung publik machte. Borer schrieb unter anderem an einer Interpellation mit, die SVP-Nationalrat Christian Miesch einreichte. Im aktuellen Fall arbeitete nun Burson-Marsteller mit Christa Markwalder zusammen. Diese wollte in ihrer Interpellation vom Bundesrat wissen, inwiefern die Schweiz den Demokratisierungsprozess in Kasachstan unterstützen könne. (TA)

«Ich war in dieser Sache naiv»

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder steht wegen ihres Vorstosses in der Kritik.

Mit Christa Markwalder sprach Philip Loser

Nehmen wir an, ich hätte 7000 Franken auf der Seite: Würden Sie einen Vorstoss meiner Wahl einreichen?

Ganz sicher nicht. Ich habe erst vom Journalisten erfahren, dass eine Agentur für diese Fragen eine Rechnung in Kasachstan gestellt hat. Ich finde das jenseits! Es ist auch völlig daneben, dass man die Formulierung von Vorstössen mit anderen Staaten abspricht. Mir ging es um die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan, darum habe ich die Interpellation eingereicht. Ich habe in keiner Weise davon profitiert, im Gegenteil.

Ist es denn üblich, dass Lobbyisten die Vorstösse der Parlamentarier formulieren?

Sicher kommt es vor. Aber ich formuliere meine Vorstösse in aller Regel selber. Es sei denn, sie sind das Resultat einer Diskussion in einer Arbeitsgruppe.

Warum haben Sie in diesem Fall die Arbeit der Kommunikationsagentur Burson-Marsteller überlassen?

Ich bin grundsätzlich an guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan interessiert. Kasachstan ist Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen. Das Land ist für die Schweiz von Interesse. Auf Einladung der Kommunikationsagentur habe ich den Chef der liberalen Oppositionspartei kennen gelernt. Er hat uns sein politisches Programm präsentiert, für Wirtschaftsfreiheit, für Menschenrechte und gegen Korruption, das hat mich überzeugt. Zudem wurde mir versichert, dass er ein sauberer Typ sei. Aus diesem Grund war ich einverstanden, als die Kommunikationsagentur mich fragte, ob ich mir eine Interpellation vorstellen könnte. Die Agentur hat vier Fragen vorbereitet, es war als Arbeitserleichterung für mich gedacht.

Wenn Sie Asat Peruaschew gegoogelt hätten, wäre Ihnen aufgefallen, dass seine Partei nicht so oppositionell ist, wie es den Anschein macht.

Inzwischen bin auch ich gescheiter, und Sie dürfen mir vorwerfen, ich sei zu vertrauenselig. Ich war in dieser Sache naiv. Gerade in der Aussenpolitik trifft man aber auf enorm viele Leute, sodass ich nicht jede Person im Voraus durchleuchten kann. Ich kenne die verantwortliche Person der Kommunikationsagentur schon lange und schenkte ihr Vertrauen. Das war ein Fehler. Noch einmal würde ich einen solchen Vorstoss nicht einreichen, schon gar nicht, wenn ich alle Hintergründe kennen würde. Gleichzeitig muss man aber auch die Relationen wahren: Die Interpellation, für die ich nicht einmal Unterschriften gesammelt habe, ist zwei Jahre alt und wurde vom Bundesrat korrekt beantwortet. Dass sie heute solche Kreise zieht, ist völlig unverhältnismässig. Und auch nicht ganz fair: Es gibt Leute, die von den Beziehungen zwischen der Schweiz und Kasachstan monetär profitieren. Ich habe keinen einzigen Vorteil aus diesem Vorstoss gezogen.

Die Auftraggeber verlangten, den Begriff «Menschenrechte» aus dem Vorstoss zu streichen. Wussten Sie davon?

Nein. Bei unserem Treffen hat der Chef der Oppositionspartei ja noch explizit auf die Verbesserung der Menschenrechte in Kasachstan gepocht! Wie wichtig mir die Menschenrechte sind, sieht man auch anhand meiner bisherigen politischen Arbeit. Ich habe den Jubiläumsanlass zum 40-Jahr-Jubiläum der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Bundesversammlung initiiert und bin Mitglied der parlamentarischen Gruppe Menschenrechte - zu suggerieren, dass mir Menschenrechte egal seien, ist einfach nur absurd.

Schein-Opposition soll Kasachstans Image aufpolieren

In einer grossen Aktion hat Kasachstan Politiker in ganz Europa kontaktiert.

Luca De Carli

Einen eigenen Kandidaten ins Rennen um die Präsidentschaft zu schicken, sei völlig unnötig, befand Asat Peruaschew im März beim Kongress seiner Partei Ak Schol. Es gebe in Kasachstan ohnehin niemanden, der auch nur annähernd das Format des langjährigen Amtsinhabers Nursultan Nasarbajew habe, sagte der Parteipräsident zu Journalisten. Und dass andere Parteien es wagten, ihre Kandidaten mit Nasarbajew zu vergleichen, sei eine Herabwürdigung.

Nasarbajew wurde Ende April mit 97,7 Prozent wiedergewählt. Die einzigen zwei zugelassenen Gegenkandidaten hätten ihn im Wahlkampf sogar aus-

drücklich gelobt, so die Beobachter der OSZE. Eine glaubwürdige Opposition gebe es in Kasachstan nicht, schreibt die Organisation. Und auch das Urteil des Büroleiters einer renommierten europäischen NGO in Astana ist eindeutig: Alga, die letzte richtige Opposition, sei Anfang 2012 ausgeschaltet worden.

Ak Schol hingegen, jene Partei, für die Nationalrätin Christa Markwalder mit einer Interpellation warb, ist für den Büroleiter, der aus Angst vor Repressionen anonym bleiben will, nur zum Schein unabhängig von Nasarbajew. Peruaschew selbst gehöre zur Nomenklatura Kasachstans. Er war vor seiner Installation als Chef von Ak Schol unter anderem im Beraterstab des Präsidenten.

Anders als frühere Oppositionsparteien weigerte sich Ak Schol nach den Parlamentswahlen von 2012 nicht, die gewonnenen acht Sitze aus Protest gegen Manipulationen einzunehmen. Man

wolle eine «konstruktive Opposition» sein, schreibt die Partei. In der Interpellation Markwalder wird Kasachstan mit Hinweis auf Ak Schol für die Verbesserung des politischen Klimas gelobt. Human Rights Watch stellt in seinen Berichten seit 2012 jedoch eine total gegenteilige Entwicklung fest. Kasachstan trete die Menschenrechte mit Füßen.

Die Pseudo-Opposition Ak Schol soll nun helfen, das Image des Landes zu verbessern. Markwalder war nicht ihr einziges Ziel, wie ein Dokument vom 12. Juli 2013 belegt. Es wurde zusammen mit Zehntausenden anderen E-Mails, die von Konten kasachischer Persönlichkeiten stammen, auf die Seite Kazaword, ein kasachisches Wikileaks, hochgeladen. In einem E-Mail an Parteichef Peruaschew beschreibt die PR-Firma Burson-Marsteller, deren Mitarbeiterin Marie-Louise Baumann im gleichen Zeitraum an Markwalder herantrat, die Stra-

tegie, mit der Ak Schol in Europa das Image einer echten Opposition bekommen soll. Man sei zuversichtlich, wichtige Kontakte herstellen zu können. Startpreis des Projekts: 77 000 Euro.

Markwalder streitet ab, gewusst zu haben, dass es sich bei Peruaschew nicht um einen Oppositionellen handelt. Marc Comina, Sprecher von Wiktor Chrapunow, einem ehemaligen kasachischen Funktionär, der in Genf im Exil lebt, in der Heimat gesucht wird und nach dessen Auslieferungsverfahren sich Markwalder in der Interpellation erkundigte, sagt jedoch: «Ich habe Mühe zu glauben, dass erfahrenen Leuten entgegen kann, was jeder nach einer halben Stunde im Internet herausfindet.»



PDF Brief von Burson-Marsteller an den Auftraggeber

markwalder.tagesanzeiger.ch